

Kommunikation der Regierung während der Coronakrise untersucht

0 KOMMENTARE

23.06.2020 10:26 (Akt. 23.06.2020 12:12)



Begonnen wurde mit Empathie, dann kam die Angstmache. ©APA/HERBERT NEUBAUER

Experten aus Wissenschaft und Politik haben die Kommunikation der Regierung während der Coronakrise unter die Lupe genommen. Begonnen wurde laut ihnen mit Fahrplan und Empathie, dann kam die Angstmache.

Mit welchen Mitteln die Regierung während der [Coronakrise](#) kommuniziert hat und wie sich das mit der Zeit veränderte, haben Experten aus Wissenschaft und Politik bei einer Veranstaltung der Universität Wien am Montagabend diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Wirkung Sprache in Zeiten von Corona hat, wenn persönliche Treffen nicht möglich sind.

Zu Beginn wollte man zeigen, dass man Situation im Griff habe

Präsenz zeigen, ein klarer Fahrplan, Empathie, Glaubwürdigkeit und Panik vermeiden - das sind für Kommunikationsforscher Jörg Matthes von der Universität Wien in der Anfangsphase einer Krise die wichtigsten Punkte der Krisenkommunikation. "Da war natürlich klar, dass man jeden Tag den Medien häppchenweise Stoff liefert", sagte Politik-Berater Thomas Hofer. Zu Beginn hätte man damit gezeigt, dass man der Geschichte voraus sei, also die Situation im Griff habe, ist sich Hofer sicher.

Angstmache mit Bildern von Massengräbern und überfüllten Leichenhallen

"Die Angstmache, die dann passiert ist, ging ganz stark im Einklang mit Bergamo und Madrid", sagte Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak von der Universität Wien. Während in den Medien Bilder von Massengräbern und überfüllten Leichenhallen kursierten, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), dass jeder bald jemanden kennen würde, der an Corona gestorben sei, obwohl in der Mehrheit der Prognosen dies in Österreich für unwahrscheinlich beurteilt worden sei.

"Wenn die Angst einmal dominiert, ist es schwer, zur Vernunft zurückzukehren", sagte Matthes. Seiner Meinung nach verstärkte die Aussage von Kurz die Unsicherheit der Bevölkerung deutlich. Das sieht Matthes als gewollt an, denn das Vertrauen in die Politik sei zu diesem Zeitpunkt unter anderem aufgrund fehlender Hilfgelder und nicht klarer Maßnahmen schon gesunken.

Folgen der gezielten Angstmache nach wie vor spürbar

Auch heute seien die Folgen der gezielten Angstmache noch spürbar, meinte Matthes. Viele Menschen trauten sich nicht, andere Menschen selbst mit genügend Sicherheitsabstand zu sehen.